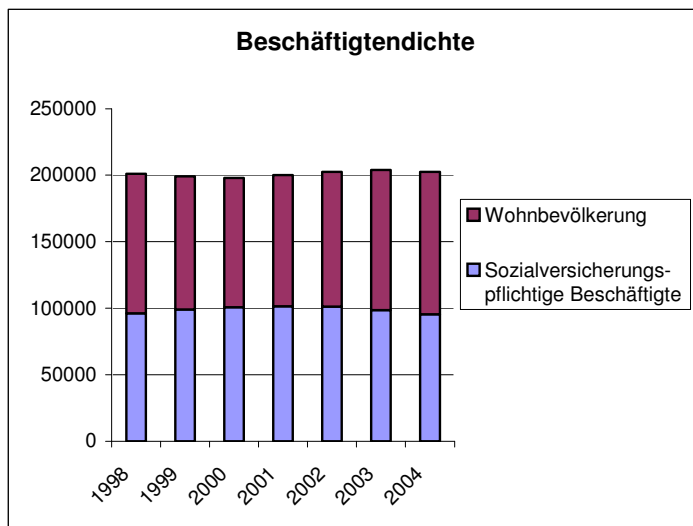


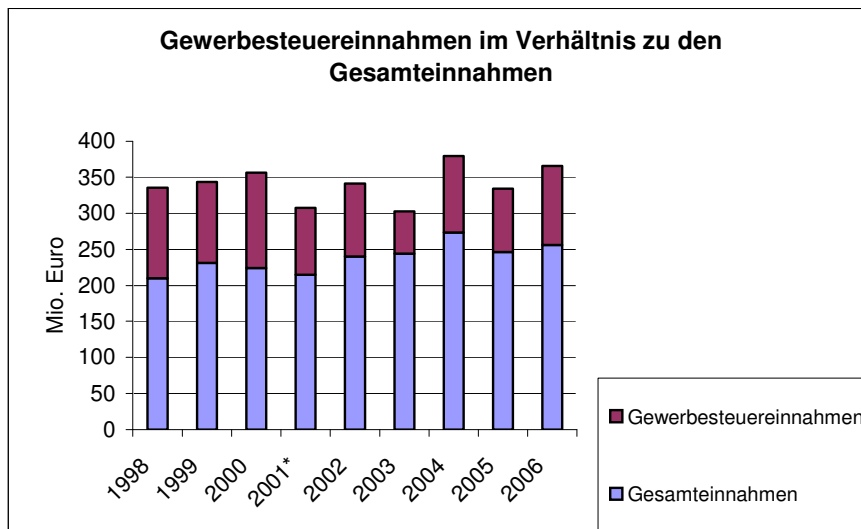
<b>Handlungsfeld:</b> Wirtschaft und Beschäftigung
<b>33. Indikator:</b> <b>Beschäftigtendichte (Verhältnis Beschäftigte/Wohnbevölkerung)</b>
<b>Erläuterung/Funktion</b> Jede Kommune strebt eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur an, mit einem ausreichenden und flexiblen Arbeitsplatzangebot für alle Bevölkerungsgruppen. Ein ausgeglichener Branchenmix macht eine Kommune unabhängig von strukturellen Krisen, die mittel- und langfristig zu einer instabilen Wirtschaftslage führen und damit die Zukunftsaussichten der Entwicklung in einer Stadt stark beeinträchtigen. Eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur schafft eine Vielzahl unterschiedlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Qualifizierungsangebote. Somit sind Aussagen über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kommunalen Wirtschaft möglich.
<b>Zielerreichung:</b> Zunahme der Beschäftigtendichte in 1-2 Jahren
<b>Zielkonflikt mit</b> Ressourcenschonung, Freiflächenerhalt
<b>Datenbeschaffung</b> (Quelle, Erhebungsmethode, Berechnung) 80 – Amt für Wirtschaft und Liegenschaften, 12 – Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen, Stat. Jahrbuch
<b>Priorität:</b> sehr wichtig
<b>Anmerkungen:</b> Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat kontinuierlich zugenommen. Die Beschäftigtendichte bezogen auf die Wohnbevölkerung liegt bei etwa 50 %.



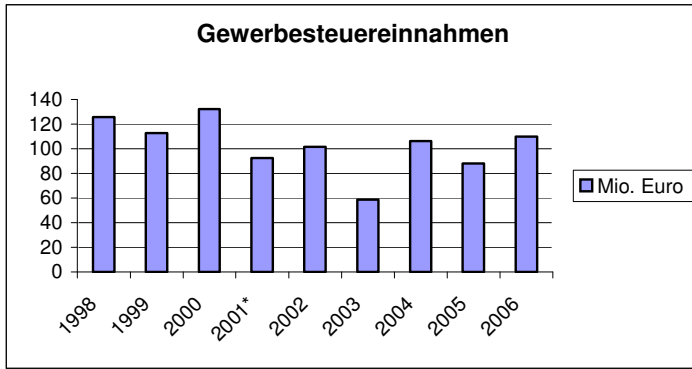
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	96089	98898	100549	101503	101168	98625	95.409
Wohnbevölkerung	200934	199047	198055	199971	202441	203913	202.563

<b>Handlungsfeld:</b> Wirtschaft und Beschäftigung
<b>34. Indikator:</b> <b>Anteil von Unternehmen mit Öko-Audit (auch bei Neuansiedlungen)</b>
<b>Erläuterung/Funktion</b> Die Beachtung ökologischer Standards durch die Wirtschaft ist eines der in der AGENDA 21 beschriebenen Hauptbetätigungsfelder nachhaltiger Entwicklung. In Zukunft werden vor allem jene gewerblichen und Dienstleistungsunternehmen am Markt bestehen können, die sich frühzeitig den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft stellen. Öko-Audit steht für die Einführung eines Umweltmanagementsystems nach der EG Öko-Audit-Verordnung (EMAS- Environmental Management Audit Scheme) und dem Umwelt-Audit-Gesetz. Ziel der EMAS-Verordnung ist es, die von den Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen ausgehenden Umweltbelastungen zu reduzieren. Durch Öko-Audit unterziehen sich Unternehmen einer Überprüfung ihrer Umweltdaten, die in einem Umweltbericht veröffentlicht werden. Sie fördern Transparenz der Umweltwirkungen ihres Betriebes. Dieser Prozess wird in seiner Gesamtheit von externen Gutachtern überprüft (validiert). Die validierten Betriebe werden laut Gesetz bei den Industrie- und Handelskammern registriert. Die Beachtung ökologischer Standards durch die Wirtschaft ist eines der in der AGENDA 21 beschriebenen Hauptbetätigungsfelder zur Verwirklichung nachhaltiger Entwicklung. Mit diesem Indikator kann das Engagement von Unternehmen hinsichtlich Ressourceneinsparung und -schonung ermittelt werden.
<b>Zielerreichung:</b> Zunahme der Öko-Audit-Betriebe in 2-5 Jahren
<b>Zielkonflikt mit</b> Wettbewerbsmöglichkeiten
<b>Datenbeschaffung</b> (Quelle, Erhebungsmethode, Berechnung) IHK, HWK, ÖKOPROFIT® Mainz, www. Emas-register.de
<b>Priorität:</b> sehr wichtig
<b>Anmerkung:</b> ÖKOPROFIT ist ein Angebot der Stadt Mainz an die Mainzer Wirtschaft, eine durch Fachberater betreute Erarbeitung von betrieblichen Umweltleistungen durchzuführen. ÖKOPROFIT ist ein betriebliches Umweltberatungsprogramm und kann als Vorstufe zur EMAS-Validierung genutzt werden. Die Betriebe erstellen ein Umweltprogramm und stellen ihr Einsparungspotential dar. Bislang haben 39 Betriebe in Mainz an ÖKOPROFIT teilgenommen. Im Jahre 2006 startet ÖKOPROFIT mit insgesamt 10 Betrieben. Derzeit nehmen 11 Betriebe am sog. ÖKOPROFIT-Klub teil, einem Weiterbetreuungsangebot für diejenigen, die am Thema betrieblicher Umweltschutz weiter arbeiten wollen. Es ist nur sinnvoll, eine aktuelle Darstellung der EMAS Betriebe in Mainz vorzunehmen (für das jeweils aktuelle Jahr), da z.B. die Zahlen aus dem Jahr 2000 nichts darüber aussagen, ob sich diese Betriebe revalidiert haben. Zusätzlich wäre es sehr interessant, die Betriebe zu erfassen, die in Mainz ein Umweltmanagementsystem nach der DIN EN ISO 14001 haben. Hierüber existieren allerdings keine Statistiken. Für das Jahr 2003 sind 10 Mainzer Betriebe (Handwerk und Industrie) im EMAS-Register aufgeführt. 2004 kamen das Zentralklärwerk und die Lackfabrik Albrecht (beide über ÖKOPROFIT) hinzu.

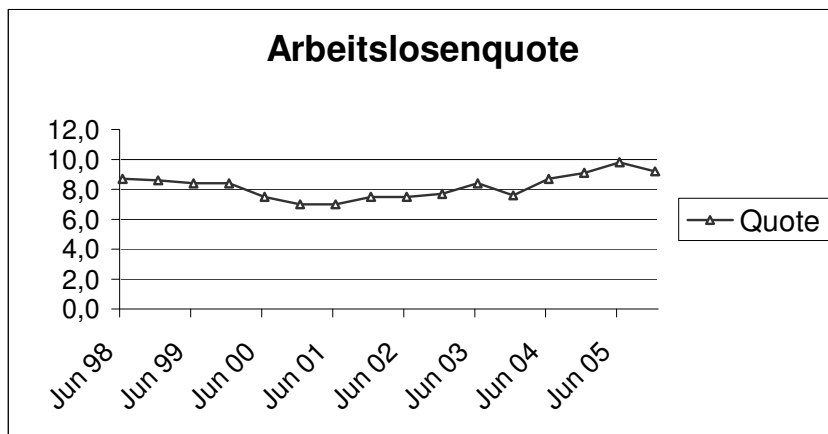
<b>Handlungsfeld:</b> Wirtschaft und Beschäftigung
<b>35. Indikator:</b> <b>Kommunale Gewerbesteuereinnahmen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen</b>
<b>Erläuterung/Funktion</b> Die Gewerbesteuereinnahmen gehören zu den zentralen Einkünften der Kommune. Hohe Einnahmen deuten darauf hin, dass es der Kommune gelungen ist, wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen anzusiedeln bzw. am Ort zu halten. Natürlich haben Kommunen auf unternehmerische Entscheidungen, die z.B. durch Entwicklungen am Weltmarkt oder in rezessiven Zeiten fallen, keinen Einfluss. Aussagen über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommune und der ortsansässigen Betriebe sind mit diesem Indikator nur sehr bedingt möglich.
<b>Zielerreichung:</b> Zunahme der kommunalen Gewerbesteuereinnahmen in 1-2 Jahren
<b>Zielkonflikt mit</b> Minderung des Freiflächenverbrauchs, Ressourcenschonung
<b>Datenbeschaffung</b> (Quelle, Erhebungsmethode, Berechnung) IHK, HWK, 12 – Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen
<b>Priorität:</b> sehr wichtig
<b>Anmerkungen:</b> Durch den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer haben sich die Gewerbesteuereinnahmen im Jahre 2001 deutlich reduziert. Seit dem unterliegen die Gewerbesteuereinnahmen starken Schwankungen.

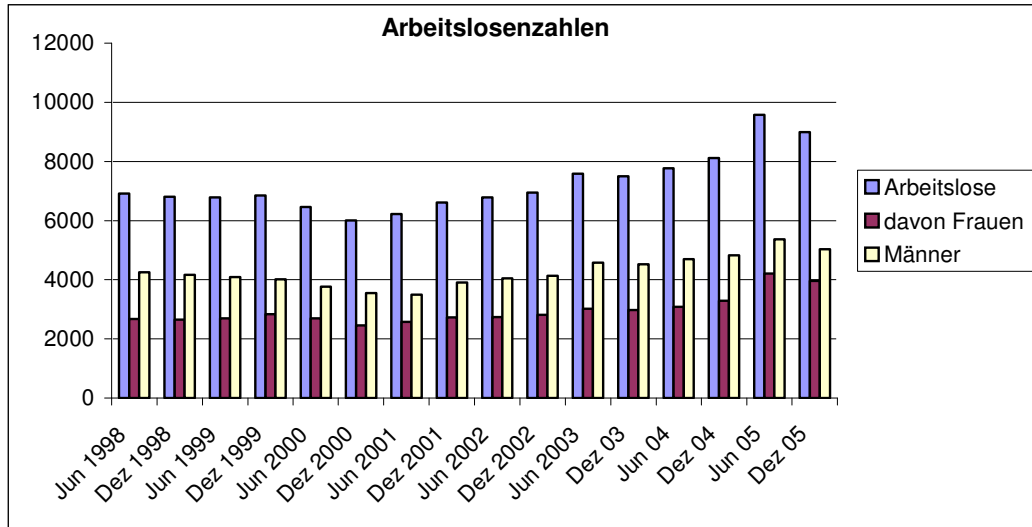


- Wegfall der Gewerbekapitalsteuer

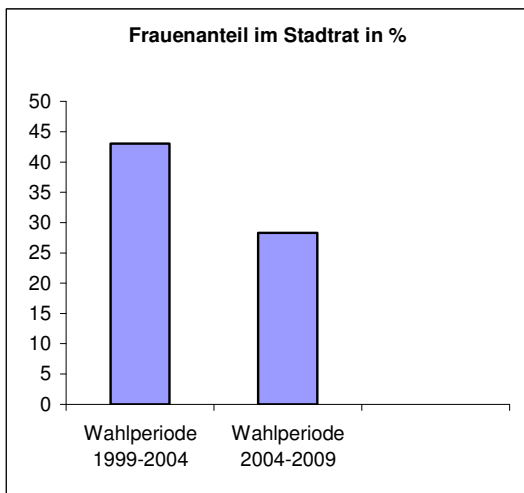


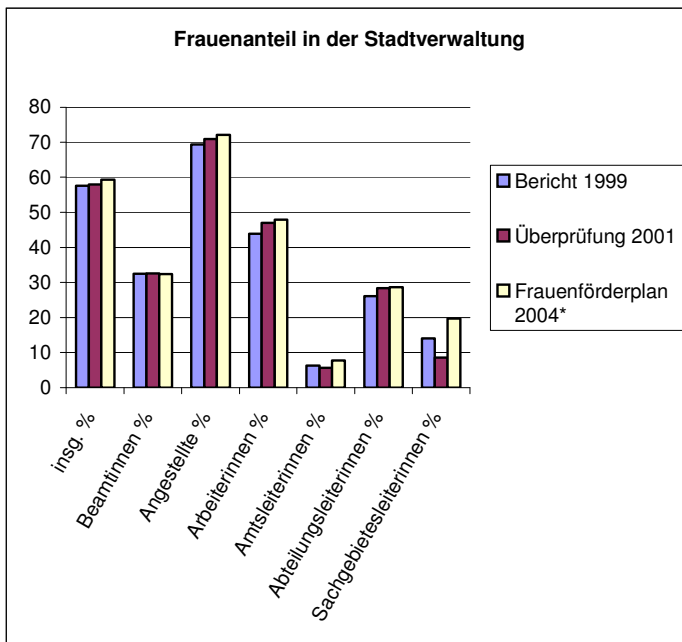
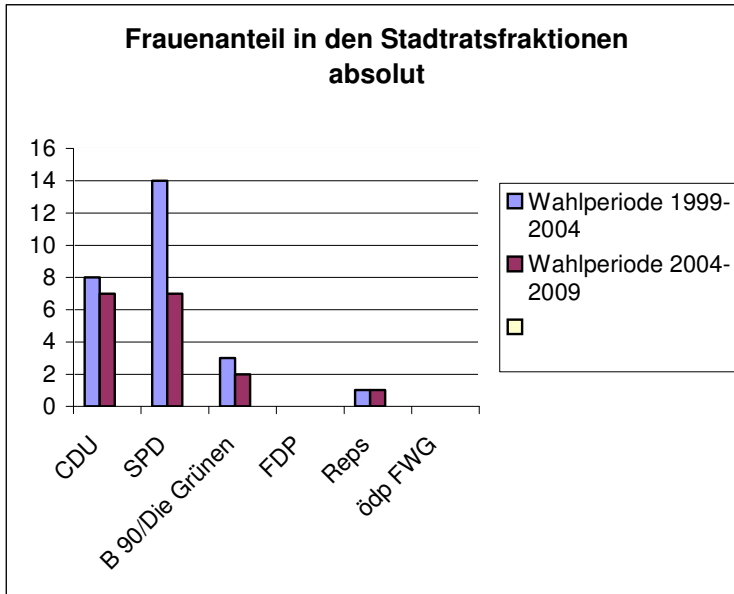
<b>Handlungsfeld:</b> Wirtschaft und Beschäftigung
<b>36. Indikator:</b> <b>Arbeitslosenquote</b>
<b>Erläuterung/Funktion</b> Arbeitslosigkeit kann nicht nur zu einer psychischen und finanziellen Belastung für die Betroffenen und deren Umfeld führen, eine hohe Arbeitslosigkeit belastet das Gemeinwohl einer Kommune. Eine steigende Arbeitslosigkeit führt nicht nur zu einer enormen Belastung der öffentlichen Haushalte, sondern auf der individuellen Ebene zu einer Ausgrenzung aus der Gesellschaft. Mit der Arbeitslosenquote wird der Anteil der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) gemessen, ausgedrückt in Prozent. Die Differenzierung nach Frauen und Männern erlaubt Aussagen über geschlechterspezifische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Eine hohe Arbeitslosenquote verändert die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region entscheidend: die Zahl von Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen steigt in der Regel an, mit Arbeitslosigkeit sind oft auch psychosoziale Probleme verbunden. Als Ziel wäre für eine nachhaltige Gesellschaft anzustreben, dass jeder Erwerbswillige Zugang zu einem Arbeitsplatz gemäß seiner Qualifikation hat – und Männer und Frauen sollten die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.
<b>Zielerreichung:</b> Abnahme der Arbeitslosenquote in den nächsten 1-2 Jahren
<b>Zielkonflikt mit</b> Kein Zielkonflikt
<b>Datenbeschaffung</b> (Quelle, Erhebungsmethode, Berechnung) 12 – Amt für Stadtentwicklung, Statistik und Wahlen, Arbeitsmarktreport, Dez. IV, <a href="http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/d.html">www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/d.html</a>
<b>Priorität:</b> sehr wichtig
<b>Anmerkungen:</b> Die Arbeitslosenquote bezieht sich auf die abhängigen Erwerbspersonen. Die Arbeitslosenquote ist im Jahre 2000 leicht zurückgegangen, steigt jedoch seit Dezember 2001 wieder an. Betrachtet man die absoluten Zahlen, ist erkennbar, dass weniger Frauen als Männer arbeitslos waren.





<p><b>Handlungsfeld:</b>                  Wirtschaft und Beschäftigung</p>
<p><b>37. Indikator:</b>  <b>Verhältnis von Männern und Frauen im Kommunalparlament und den Leitungspositionen der Stadtverwaltung</b></p>
<p><b>Erläuterung/Funktion</b>                  Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Gerade die Gleichbehandlung im beruflichen Umfeld ist von elementarer Bedeutung. Der Beteiligung von Frauen ist in der AGENDA 21 ein eigenes Kapitel gewidmet, da Frauen bei der Verwirklichung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung eine bedeutende Rolle zukommt. Frauen sind bislang allerdings auf allen politischen und administrativen Entscheidungs-Ebenen deutlich unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentanz wirkt sich direkt und indirekt auf alle Planungen und Entscheidung aus. Je weniger Frauen Einfluss nehmen können, desto weniger werden ihre möglicherweise unterschiedlichen Interessen wahrgenommen und berücksichtigt. Der Rat und die Verwaltung der Stadt Mainz haben Beschlüsse zur Anerkennung und Umsetzung von Gender Mainstreaming gefasst. Zu dieser Strategie gehören – zum Ausgleich von Nachteilen – spezielle Maßnahmen zur Förderung von Frauen.</p>
<p><b>Zielerreichung:</b>                  Zunahme des Anteil der Frauen in Leitungsfunktionen bei der Stadt Mainz im Geltungszeitraum des Frauenförderplans 2004                  Erhöhung des Frauenanteils im Stadtrat bei der Kommunalwahl 2009</p>
<p><b>Zielkonflikt mit</b>                  Kein Zielkonflikt</p>
<p><b>Datenbeschaffung</b> (Quelle, Erhebungsmethode, Berechnung)                  Amt für Steuerung und Personal, Frauenbüro, Frauenförderplan</p>
<p><b>Priorität:</b>                  wichtig</p>
<p><b>Anmerkungen:</b>                  Der Frauenanteil im Stadtrat hat deutlich abgenommen. Durch den Frauenförderplan 2004 hat sich der Anteil der Frauen in der Stadtverwaltung minimal erhöht.</p>





\* Grundlage: Zahlen aus 2003